Analysebericht

VOX-Analyse November 2021

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2021

©GFS.BERN | JANUAR 2022

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Tobias Keller: Projektleiter

Aaron Venetz: Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

Lucian Seebacher: Datenwissenschafter

Olga Jenzer: Praktikantin Data Science

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Inhaltsverzeichnis

1 DIE ZENTRALEN BEFUNDE 4
2 DIE BETEILIGUNG 7
3 DIE MEINUNGSBILDUNG 11
3.1 Die Bedeutung der Vorlagen 11
3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt 11
3.3 Die Informationsgewinnung 12
4 PFLEGEINITIATIVE 15
4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen 15
4.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen 16
4.3 Die Motive 20
4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente 23
5 JUSTIZ-INITIATIVE 25
5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen 25
5.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen 26
5.3 Die Motive 29
5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente 30
6 COVID-19-GESETZ 33
6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen 33
6.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen 34
6.3 Die Motive 38
6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente 40
7 ANHANG 43
7.1 Technischer Bericht 43
7.2 Über die Studie 47
7.3 gfs.bern-Team 48

1 Die zentralen Befunde

Die Corona-Pandemie hat gleich drei Mal die Abstimmung stark beeinflusst: Erstens haben die alltäglichen Anstrengungen mit der Corona-Pandemie das Pro- und Kontra-Lager stärker polarisiert: Während SVP-Sympathisierende klarer Nein gesagt haben, haben GLP- und FDP-Sympathisierende sowie Sympathisierende anderer Parteien im Vergleich zur Juni-Abstimmung deutlicher Ja gestimmt. Nein-Stimmende haben weniger redaktionelle Quellen, dafür beispielsweise Strassenplakate, Online-Kommentare oder Soziale Medien häufiger als Ja-Stimmende genutzt. Zweitens hat die Pandemie auch den schon länger andauernden Pflegenotstand sichtbar gemacht, was zur grossen Solidarität mit dem Pflegepersonal geführt hat. Klatschen genügt nicht, weshalb das Pflegepersonal bessergestellt werden wird. Drittens hat die Pandemie insgesamt die Stimmbeteiligung auf einen neuen Rekordstand gehievt: die durchschnittliche Stimmbeteiligung war seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 noch nie höher als 2021. Wenig beeinflusst von der Corona-Pandemie wurde die Justiz-Initiative: Das Stimmvolk entschied sich gegen das Losverfahren, auch wenn es Partei-unabhängige und Wahlchancen für parteilose Richterinnen und Richter wünscht. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'420 Stimmberechtigten der VOX-Analyse November 2021. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Ja gegen den in der Pandemie deutlich sichtbaren Pflegenotstand

Volksinitiative "Für eine starke Pflege" (Pflegeinitiative)

Die Pflegeinitiative war die erste Initiative mit gewerkschaftlichem Charakter überhaupt, die angenommen wurde. Die deutliche Annahme kam durch eine starke Unterstützung von Stimmenden aus dem linksgrünen Lager und dem politischen Zentrum zustande. Somit dürften die Ja-Parolen von SP, Grünen und GLP sowie auch die Stimmfreigabe aus der Mitte relevant gewesen sein. Das Ja war ausserdem Ausdruck von Vertrauen in die Gewerkschaften und in das Pflegepersonal und wurde gestärkt mit Werthaltungen für einen starken Sozialstaat und für Solidarität. Es kamen die ausserordentlichen Umstände in der Pandemie dazu, welche die überaus deutliche Annahme der Initiative erklären. Als wichtigstes Motiv der Ja-Seite wurde der Pflegenotstand genannt, der mit der Pandemie ins Bewusstsein rückte. Als eines der meistgenannten Erstmotive wollten viele Ja-Stimmende überdies ihrer Wertschätzung für die Arbeit der Pflege in der Pandemie Ausdruck verleihen. Wer überdies einen direkten Bezug zur Pflege hatte, stimmte ebenfalls stärker für die Vorlage. Und schliesslich stimmte eine klare Mehrheit für die Vorlage, wenn sie ihre Stimmabgabe von der Pandemie beeinflusst sahen. Selbst die Nein-Stimmenden unterstützten die Ja-Argumente sehr deutlich, wenn Massnahmen gegen den Pflegenotstand oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gefordert wurden. Das Nein-Lager, das stark von Anhängerschaften von FDP und SVP geprägt war, wollte dennoch keine solche staatliche Einmischung mit einer Sonderstellung der Pflege in der Verfassung und beurteilte den Gegenvorschlag besser.

Kein Zufall bei der Wahl der Bundesrichterinnen und Bundesrichter erwünscht

Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»

Die Justiz-Initiative hat darauf fokussiert, die Wahl der Bundesrichterinnen und Bundesrichter per Losverfahren durchzuführen. Das Stimmvolk hat die Initiative aber deutlich abgelehnt. Die ablehnende Haltung kam von mehrheitlich von Mitte- und rechten Parteien, aber auch links fand sich keine Mehrheit. Auch bei geringerem Vertrauen in Richterinnen und Richtern, das Bundesgericht und Parteien fanden sich keine Mehrheiten für die Vorlage. Die Gründe für ein Ja waren, dass Richterinnen und Richter Partei-unabhängig agieren sollten, das neue System fairer wäre und Parteilose gewählt werden könnten. Aber die Kontra-Argumente, dass die Wahl zu einem Glückspiel verkäme und das bisherige System eines der weltweit besten sei, hat sehr viel stärker überzeugt. Unterm Strich hat also das Losverfahren nicht überzeugt, auch wenn rund die Hälfte der Stimmbevölkerung für Partei-unabhängige Richter:innen sind und die Wahl von Parteilosen ermöglichen möchten.

Lob und Unterstützung vom Stimmvolk für das Covid-19-Gesetz

Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes (Covid-19-Gesetz)

Am 15. Juni 2021, als die Abstimmung des Covid-19-Gesetzes vorüber war, hiess es sprichwörtlich: nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Denn das Referendum wurde gleich gegen geänderte Teile des Covid-19-Gesetzes ergriffen und rund fünf Monate später wurde erneut abgestimmt.

Die Zustimmung fiel im November noch etwas deutlicher aus als im Juni: Von 60 Prozent Zustimmung stieg sie auf 62 Prozent. Von jung bis alt und von links nach rechts – kaum eine Gruppe hat mehrheitlich Nein gestimmt. Die Ausnahme bilden Ungeimpfte, SVP-Sympathisierende und diejenigen, die der Massnahmengegnerschaft oder den «Freunden der Verfassung» vertrauen. Im Vergleich zur Abstimmung im Juni haben sich die Lager stärker polarisiert: Während SVP-Sympathisierende klarer Nein gesagt haben, haben FDP- und GLP-Sympathisierende deutlicher Ja gestimmt. Personen mit anderen Partei-Sympathien haben nicht mehr mehrheitlich Nein, sondern mehrheitlich Ja gestimmt. In der deutschsprachigen Schweiz gab es insgesamt höhere Ja-Anteile als bei der ersten Abstimmung vom Juni 2021, in der französischsprachigen Schweiz weniger.

Die Kontra-Argumente fokussierten auf die Massnahmen und die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik. Konträr stehen die Pro-Argumente, die sehr viel häufiger ausgedrückt wurden: Ziel ist es, die aktuelle Corona-Politik zu unterstützen, die Pandemie zu besiegen und sich solidarisch zu zeigen. Dafür wird das Covid-Zertifikat als wichtige Stütze angesehen. Zwar nutzten sowohl die Gegner:innen wie auch die Befürworter:innen verschiedene Medien intensiv, aber werberischer oder nutzergenierter Inhalt wie Strassenplakate, Online-Kommentare auf News-Portalen, soziale Medien und Youtube waren für die Gegner:innen deutlich wichtigere Quellen. Umgekehrt beachteten Ja-Stimmende Fernsehen, Radio, Zeitungen und das Bundesbüchlein noch stärker als Nein-Stimmende.

Für Geimpfte war der zusätzliche Nutzen des Zertifikats für die Entscheidung im November relevant. Dieser Nutzen überwog die Bedenken der Gegnerschaft, dass mit dem Zertifikat eine Zweiklassengesellschaft geschaffen werde.

Schliesslich zeigt das Abstimmungsresultat auch das Vertrauen, das der Bundesrat in der Bevölkerung geniesst: Das grundsätzlich hohe Vertrauen in den Bundesrat hat auch geholfen, dass das Covid-19-Gesetz deutlich angenommen wurde.

Der zweiten Covid-19-Abstimmung wurde rekordhohe Bedeutung beigemessen

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 28. November 2021 brachte mit 65,7 Prozent (Covid-19-Gesetz) die vierthöchste Stimmbeteiligung seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Mit dieser sehr hohen Beteiligung war das Jahr 2021 auch dasjenige mit der höchsten mittleren Beteiligung seit 1971. Im Unterschied zur Abstimmung vom 15. Juni 2021 mit dem ersten Referendum über das Covid-19-Gesetz war als noch zwei agrarpolitischen Vorlagen diejenigen mit der höchsten zugeschriebenen Bedeutung waren, war das zweite Referendum eindeutig die Leadvorlage: Die mittlere zugeschriebene Bedeutung auf einer Skala von 0-10 erreichte bei der ersten Referendumsabstimmung erst 7,0, nun stieg die Bedeutung bei der zweiten Covid-19-Gesetzes-Abstimmung auf 8,8, deutlich auf den höchsten Mittelwert der letzten beiden Legislaturen. Die insbesondere vom Referendumskomitee polarisiert geführte Debatte mobilisierte die politischen Pole ausserge-wöhnlich stark und bewegte ausserdem sehr viele Leute zur Teilnahme, die nur bei besonders wichtigen Abstimmungen teilnehmen.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 28. November 2021 hatte das Schweizer Stimmvolk über drei Vorlagen zu entscheiden. Die Pflegeinitiative und das Covid-19-Gesetz wurden angenommen und die Justiz-Initiative wurde abgelehnt.

2 Die Beteiligung

Am 28. November 2021 haben die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative „Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)“
2. Volksinitiative „Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)“
3. Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Die Stimmbeteiligung betrug beim Covid-Gesetz 65,7 Prozent.[1] Das war die vierthöchste Beteiligung an einem Abstimmungstag seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Die durchschnittliche Beteiligung im Jahr 2021 war mit über 57 Prozent ebenfalls die Höchste seit 1971. Die zweithöchste mittlere Beteiligung war im Jahr 1974 mit 55 Prozent[2] als im gleichen Jahr einmal über eine Überfremdungsinitiative (70.3% Stimmbeteiligung) und danach unter anderem über eine soziale Krankenversicherungs-Initiative (39.7% Stimmbeteiligung) abgestimmt wurde. Da das Covid-19-Gesetz direkt einen Pandemiebezug hatte und die Pflegeinitiative sehr stark unter dem Eindruck der Belastungen des Berufsstandes in der Pandemie diskutiert wurde, kann angesichts der sehr hohen Beteiligungen definitiv von einer Politisierung der Schweizer Bevölkerung durch die Pandemie ausgegangen werden. Die damit einhergehende Polarisierung der Bevölkerung im Rahmen der Pandemie kam sowohl in verschiedenen Befragungen wie auch durch viele Demonstrationen und Online-Aktionen des Covid-Skepsis-Lagers zum Ausdruck. Die Debatte mobilisierte beide Lager und war angesichts der hohen zugeschriebenen Bedeutung der Covid-19-Vorlage ursächlich für die sehr hohe Beteiligung gewesen.

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Die Teilnahme entlang gesellschaftlicher Gruppen zeigt übliche Muster auf, wobei jedoch die vergleichsweise sehr hohen Beteiligungsraten in praktisch allen Gruppen auffallen. Exakt zu gleichen Teilen haben Frauen und Männer teilgenommen. Die anderen Zusammenhänge sind gemäss Cramérs V ähnlich stark. Von den ältesten Befragten und bei den höher Gebildeten nahmen im Bereich von drei Vierteln teil, was vergleichsweise viel ist, während tiefere Einkommensschichten und Personen ohne nachobligatorische Bildung nur ungefähr zur Hälfte teilnahmen.

[1] Link zu bfs.admin.ch
[2] Link zu bfs.admin.ch

Tabelle 1: Geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
total	**65.7**	**3373**	
Alter			**V=.19*** **
18-29 Jahre	55	465	± 4.5
30-39 Jahre	52	498	± 4.4
40-49 Jahre	66	561	± 3.9
50-59 Jahre	68	688	± 3.5
60-69 Jahre	73	579	± 3.6
70 Jahre und älter	78	582	± 3.4
Geschlecht			**V=0**
Frauen	66	1754	± 2.2
Männer	66	1619	± 2.3
Geschlecht und Alter			**V=0.2*** **
Frauen / 18-39	54	497	± 4.4
Männer / 18-39	54	466	± 4.5
Frauen / 40-65	69	835	± 3.1
Männer / 40-65	65	742	± 3.4
Frauen / 65+	74	422	± 4.2
Männer / 65+	83	411	± 3.6
Bildungsgrad			**V=.19*** **
ohne nachobligatorische Bildung	49	373	± 5.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	62	1160	± 2.8
Maturität/höhere Berufsbildung	77	835	± 2.9
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	73	844	± 3
Haushaltseinkommen			**V=0.2*** **
bis 3'000 CHF	44	147	± 8.1
3'000-5'000 CHF	54	437	± 4.7
5'000-7'000 CHF	69	551	± 3.9
7'000-9'000 CHF	76	499	± 3.7
9'000-11'000 CHF	72	435	± 4.2
über 11'000 CHF	72	723	± 3.3

*Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. Ho: V=0) und Standardfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.*

Weiterhin zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Mobilisierung entlang politischer Merkmale (Tabelle 2). Wie üblich erklärt das grundsätzliche Interesse an der Politik die Teilnahme äusserst stark: hohes Interesse führt zu erhöhter Teilnahme. Auffallend ist die sehr hohe Mobilisierung an den politischen Polen linksaussen und rechtsaussen. Ähnlich entlang der Pole ist die Mobilisierung bei der SVP-Anhängerschaft und bei der Anhängerschaft der Grünen am höchsten gewesen. Diese Mobilisierung dürfte aufgrund der polarisiert geführten Diskussion über das Covid-19-Gesetz zustande gekommen sein. Ebenfalls wurden Personen, die dem Bundesrat nur gering oder sogar sehr gering vertrauen, ähnlich stark mobilisiert wie Personen, die dem Bundesrat besonders stark vertrauen.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	**65.7**	**3373**	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			**V=0.1*** **
linksaussen (0-2)	72	338	± 4.8
links (3,4)	73	594	± 3.6
Mitte (5)	65	891	± 3.1
rechts (6,7)	69	681	± 3.5
rechtsaussen (8-10)	79	361	± 4.2
Parteisympathie			**V=.23*** **
SVP	77	462	± 3.8
FDP	74	489	± 3.9
Die Mitte	72	358	± 4.7
GLP	70	239	± 5.8
SP	71	510	± 3.9
Grüne	81	243	± 5
andere Partei	71	207	± 6.2
keine	48	426	± 4.7
Politisches Interesse			**V=.44*** **
sehr interessiert	93	579	± 2.1
eher interessiert	77	1666	± 2
eher nicht interessiert	46	908	± 3.2
überhaupt nicht interessiert	23	168	± 6.4

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Vertrauen in den Bundesrat			**V=0.1*** **
sehr gering bis gering (0-4)	73	393	± 4.4
mittel (5)	59	483	± 4.4
hoch (6-7)	62	691	± 3.6
sehr hoch (8-10)	70	1669	± 2.2

29 Prozent der Nicht-Teilnehmenden haben angegeben, dass sie vergessen haben, an der Abstimmung teilzunehmen (vgl. Tabelle 3). Eine weiterhin verbreitete Begründung war, dass man verhindert war und deshalb nicht teilnahm (24%). 18 Prozent haben als Grund Entscheidungsschwierigkeiten angegeben, was mehr war als in früheren Abstimmungen. 8 Prozent gaben an, dass das Abstimmungsergebnis auch ohne ihre Stimme klar gewesen ist. Gründe, die für Politikverdrossenheit sprechen könnten, wurden von wenigen angegeben: 8 Prozent gaben an, dass ihre Meinung sowieso nichts ändere, respektive 7 Prozent, dass es auf ihre Stimme nicht ankomme. Desinteresse an den Themen war nur für 6 Prozent der entscheidende Grund. Das ist weniger als üblich, während mit 11 Prozent ein höherer Anteil angab, dass sie aus Prinzip nie an Abstimmungen teilnehmen würden. Das verweist erwartungsgemäss darauf, dass am 28. November 2021 besonders viele teilnahmen, die situativ aufgrund der Themenkonstellation oder der Intensität der Debatte entscheiden, ob sie teilnehmen wollen oder nicht. Unter den Nicht-Teilnehmenden waren mehr Anteile als üblich überfordert oder nehmen effektiv nie teil.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Geschätzter Anteil (%) (gewichtet)	n
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	29	139
Ich war verhindert	24	116
Ich konnte mich nicht entscheiden	18	89
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	11	44
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	8	36
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	8	41
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	7	37
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	6	33
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	6	30
Ich misstraue demokratischen Prozessen	3	15
weiss nicht / keine Angabe	7	37

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 796. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabelle 4). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Pflegeinitiative 6.9, für die Justiz-Initiative 5.1 und für das Covid-19-Gesetz 8.8. Die Bedeutung der Covid-19-Gesetzesrevision in der Fassung vom 19. März 2021 war ausserordentlich hoch. Gegenüber der ersten Abstimmung über das Gesetz am 13. Juni 2021 hat sich die subjektive Bedeutung der erneuten Revision des Covid-19-Gesetzes deutlich verstärkt und war nun die eigentliche Lead-Vorlage. Im Juni 2021 wurde der Abstimmung nur eine mittlere Bedeutung von 7.0 zugeschrieben, während die Teilnehmenden den Abstimmungen über die beiden agrarpolitischen Initiativen höhere Bedeutungen attestierten.

Tabelle 4: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Pflegeinitiative		Justiz-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	4	69	11	249	1	23
gering (2-4)	14	292	26	612	2	58
mittel (5)	13	323	23	558	4	84
hoch (6-8)	37	1078	29	739	24	681
sehr hoch (9-10)	32	928	11	287	69	1897
Mittelwert (total)	**6.9**	**2690**	**5.1**	**2445**	**8.8**	**2743**

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeit war unterschiedlich bei den drei Vorlagen (Tabelle 5): Am einfachsten war die Entscheidungsfindung beim Covid-19-Gesetz: 85 Prozent fanden es hier relativ leicht, was ein hoher Wert ist. Die erneute Entscheidung fiel damit deutlich leichter als noch im Juni, als erst 76 Prozent der Stimmenden die Entscheidung zur damaligen Fassung des Covid-19-Gesetzes leicht viel. Das verweist darauf, dass die Entscheidung im November 2021 teilweise durch die Entscheidung vom Juni 2021 vorbestimmt war. Durchschnittlich leicht fiel die Beurteilung bei der Pflegeinitiative aus, während die Entscheidung für oder gegen die Justiz-Initiative am 28. November 2021 am schwersten viel.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnis-schwierigkeiten	Pflegeinitiative		Justiz-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in % (gewichtet)	n	Stimmende in % (gewichtet)	n	Stimmende in % (gewichtet)	n
eher leicht	79	2062	67	1519	85	2303
eher schwer	21	520	33	757	15	379
N (total)		2582		2276		2682

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Auch hier zeigt sich die Vorbestimmtheit der Covid-19-Vorlage, weil 82 Prozent aus der eigenen Erinnerung heraus von Anfang an wussten, was sie stimmen würden. Dieser Wert ist ausgesprochen hoch, denn im Juni 2021 wussten vergleichsweise deutlich weniger Personen von Anfang an, wie sie beim Covid-19-Gesetz stimmen würden (65%). Bei den anderen beiden Vorlagen waren sich weniger Personen von Anfang an bewusst, wie sie stimmen werden: 60 Prozent waren es bei der Pflegeinitiative und vergleichsweise tiefe 51 Prozent bei der Justiz-Initiative.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Pflegeinitiative		Justiz-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in % (gewichtet)	n	Stimmende in % (gewichtet)	n	Stimmende in % (gewichtet)	n
von Anfang an klar	60	1564	51	1157	82	2228
während Abstimmungskampf	30	827	34	813	14	391
im letzten Moment	10	261	15	380	4	110
N (total)		2652		2350		2729

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, sind in ähnlicher Reihenfolge wie bei den vorherigen Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mit der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (85%), das Bundesbüchlein (83%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (76%) waren erneut die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von rund 6 auch intensiver als alle übrigen beachtet. Online-Quellen haben ebenfalls eine hohe Bedeutung: Mit 68 Prozent, die News-Seiten im Internet beachten, ist diese Quelle die Nummer vier und auch in der Nutzungsintensität belegt diese weiterhin einen Platz in oberen Rängen. Et-

was weniger als zwei Drittel nutzen Abstimmungssendungen im Radio mit fast derselben Intensität im Mittelwert, wie News-Seiten genutzt werden. Abstimmungszeitungen oder Flyers, Leserbriefe, Inserate in Zeitungen, Strassenplakate werden von rund 55 Prozent genutzt. Meinungsumfragen werden mit 53 Prozent mehrheitlich und mehr als üblich beachtet. Auf den hinteren Rängen finden sich Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz, soziale Medien oder Filme und Videoclips im Internet. Die VoteInfo-App wird zwar nur von 29 Prozent genutzt, die Nutzungsintensität ist mit 5 .1 typischerweise deutlich höher als die übrigen weniger reichweitenstarken Medien.

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	85	6.2	2378
Das Bundesbüchlein	83	6.4	2350
Abstimmungssendungen am Fernsehen	76	6	2167
News-Seiten im Internet	68	5.3	1954
Abstimmungssendungen am Radio	65	5.4	1902
Abstimmungszeitungen oder Flyers	61	4.6	1736
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	58	4.4	1599
Inserate in Zeitungen	55	3.8	1563
Strassenplakate	55	3.5	1484
Meinungsumfragen	53	4	1472
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	49	4.4	1356
Mitteilungen am Arbeitsplatz	44	4.5	1202
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	36	4.2	1001
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	35	4.2	976
VoteInfo-App vom Bund	29	5.1	866

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte ("Nutzungsanteil in %") gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte ("Nutzungsintensität") informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Total: n = 2'787.

Wie bereits im Juni 2021 lassen sich beim Covid-19-Gesetz Unterschiede zwischen hauptsächlichem Kommunikationskanal und dem Stimmverhalten festhalten (Tabelle 8), während es entsprechende Unterschiede bei den beiden anderen Vorlagen vom 28. November 2021 nicht gibt. Bei der zweiten Covid-19-Gesetz-Abstimmung haben sich Ja-

Stimmende häufiger online informiert als offline. Die Unterschiede zwischen Ja-Anteilen bei online- und offline-Nutzenden beim Covid-19-Gesetz sind an sich relativ gross und im Vergleich zur ersten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz ebenfalls noch etwas ausgeprägter.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Pflegeinitiative			Justiz-Initiative			Covid-19-Gesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	n	SD
online	60	321	± 5.4	31	136	± 7.8	54	308	± 5.6
beides gleich	60	706	± 3.6	32	287	± 5.4	62	832	± 3.3
offline	61	772	± 3.4	31	337	± 4.9	69	826	± 3.2
N (total) / Cramérs V		1799	V=.01		760	V=.02		1966	V=.11

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und bei der Pflegeinitiative abgestimmt haben, haben 60 Prozent Ja bei der Pflegeinitiative gestimmt.

4 Pflegeinitiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Im Dezember 2016 lancierte der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK die Initiative „Für eine starke Pflege“ oder kurz die „Pflegeinitiative“. Diese macht auf den Pflegenotstand in der Schweiz aufmerksam und versucht diesem entgegenzutreten. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung ist die Pflege mit weiteren Herausforderungen konfrontiert.

Die Initiative stellt den Bund und die Kantone in die Pflicht, die Pflege zu fördern. Damit die Qualität der Pflege in der Schweiz erhalten werden kann, müssen künftig mehr Ausbildungsplätze für Pflegefachpersonen geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitsbedingungen von Pflegefachpersonen verbessert und somit dem Jobausstieg entgegengewirkt werden.

Der Bundesrat und das Parlament erkennen den Handlungsbedarf im Bereich der Pflege an. Jedoch gehen ihnen die Forderungen zu weit. Daher wurde ein indirekter Gegenvorschlag ausgearbeitet, der bei einer Ablehnung der Initiative in Kraft getreten wäre. Mit einer Förderung von bis zu einer Milliarde Franken sollten lediglich Aus- und Weiterbildungen für Pflegefachpersonen unterstützt werden, während eine Sonderstellung des Berufsstandes in der Verfassung vermieden werden sollte. Das war für die Initiant:innen zu wenig und sie entschieden sich gegen einen Rückzug ihrer Initiative.

Obwohl sich GLP und die Mitte noch für den Gegenvorschlag stark machten, beschlossen die Delegierten der GLP schliesslich die Ja-Parole und diejenigen der Mitte die Stimmfreigabe. FDP und SVP empfahlen ein Nein, SP und Grüne ein Ja. Am 28. November 2021 wurde die Initiative mit deutlichen 61 Prozent der Stimmen von der Bevölkerung angenommen. Ausser Appenzell Innerrhoden nahmen ausserdem Mehrheiten in allen Kantone die Initiative an.

4.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 9) zeigen gemäss Cramérs V drei schwache, aber signifikante Zusammenhänge auf: **ALTER, GESCHLECHT** und **BESCHÄFTIGUNGSGRAD**. Etwas deutlicher ist derjenige nach **HAUSHALTSEINKOMMEN**.

Alle soziologischen Gruppen haben die Pflegeinitiative jedoch mehrheitlich angenommen. Tiefer als im Mittel haben vor allem Personen aus Haushalten mit den höchsten Haushaltseinkommen (54% Ja-Anteil) sowie Personen im Alter zwischen 40 und 49 Jahren (52%) gestimmt. Frauen haben mit 63 Prozent die Initiative etwas deutlicher unterstützt als Männer (58%). Nicht signifikant ist der Unterschied nach **BILDUNGSGRAD**.

Der Zusammenhang nach dem **PERSÖNLICHEN BEZUG ZUR PFLEGE** ist ebenfalls signfikant. Dabei fällt auf: Je direkter dieser Bezug ausfiel, desto eher stimmten Befragte für die Pflegeinitiative. Für die hohen Ja-Anteile dürfte der grosse Anteil Menschen mitentscheidend gewesen sein, die mindestens einen indirekten Bezug zur Pflege haben. Allerdings haben selbst Personen ohne direkten Bezug (knapp) mehrheitlich für die Initiative gestimmt.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	**61.0**	**2751**	
Alter			**V=.09****
18-29 Jahre	68	337	± 5
30-39 Jahre	64	366	± 4.9
40-49 Jahre	52	456	± 4.6
50-59 Jahre	61	571	± 4
60-69 Jahre	60	501	± 4.3
70 Jahre und älter	61	520	± 4.2
Geschlecht			**V=.05***
Frauen	63	1439	± 2.5
Männer	58	1312	± 2.7
Bildungsgrad			**V=.05**
ohne nachobligatorische Bildung	65	266	± 5.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	59	934	± 3.2
Maturität/höhere Berufsbildung	58	718	± 3.6
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	63	727	± 3.5

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Beschäftigungsgrad			**V=.07***
Vollzeit (90-100%)	59	1664	± 2.4
Teilzeit zwischen 70% und 89%	66	403	± 4.6
Teilzeit zwischen 50% und 69%	65	345	± 5
Teilzeit weniger als 50%	65	208	± 6.5
Haushaltseinkommen			**V=.11*** **
bis 3'000 CHF	73	96	± 9
3'000-5'000 CHF	59	330	± 5.3
5'000-7'000 CHF	61	454	± 4.5
7'000-9'000 CHF	67	432	± 4.4
9'000-11'000 CHF	59	376	± 5
über 11'000 CHF	54	628	± 3.9
persönlicher Bezug zur Pflege			**V=.11*** **
Ich arbeite selber in der Pflege	88	156	± 5.1
Ich habe einen engen, persönlichen Bezug zur Pflege	69	305	± 5.2
Freunde oder Bekannte, die in der Pflege arbeiten	62	177	± 7.2
Ich bin oder war letztens auf Pflege angewiesen	61	963	± 3.1
Indirekten Bezug zur Pflege	57	364	± 5.1
Ich habe überhaupt keinen Bezug zur Pflege	55	831	± 3.4
Weiss nicht/keine Angabe	50	624	± 3.9

Die politischen Einstellungen geben deutlichere Hinweise, weshalb die Initiative so deutliche Unterstützung erfuhr und sie zeigen stärkere Zusammenhänge als die gesellschaftlichen Auswertungen (Tabelle 10).

Insgesamt haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala zwischen links und der Mitte sowie eine Parteiaffinität für eine Partei, die sich ebenfalls im Zentrum oder links davon positioniert. Das Vertrauen in die Gewerkschaften sowie eine Werthaltung zugunsten einem stark ausgebauten Sozialstaat und zugunsten der Solidarität erklären ebenfalls das Ja deutlich mit. Neben dem **links-gewerkschaftlichen Profil mit starker Ausstrahlung auf das politische Zentrum** hat sich auch aus subjektiver Perspektive der Befragten der **Corona-Kontext** stark auf das Ergebnis ausgewirkt: Der Einfluss von Corona auf die Stimmentscheidung, das Vertrauen in das Pflegepersonal und das Vertrauen in die Schulmedizin sind auf individueller Ebene wichtige Faktoren zur Erklärung der Ja-Anteile.

Im **Detail** zeigt sich ein deutlicher Graben entlang der politischen **Ideologie**. Nur Personen, die sich in der politischen Mitte oder links davon einstufen, haben die Initiative

mehrheitlich angenommen. Links waren es mehr als vier von fünf Befragten, in der Mitte immer noch 61 Prozent Ja-Stimmen. Mehrheiten der Personen, die sich hingegen rechts (45% Ja-Anteil) oder rechtsaussen (33%) positionieren, haben die Initiative abgelehnt.

Die Parolen von Mitte und GLP dürften ebenfalls eine Rolle für die Unterstützung aus dem politischen Zentrum gespielt haben. Die **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigen sehr deutliche Zusammenhänge auf. Trotz Stimmfreigabe gab es bei der Mitte eine moderate Mehrheit von 56 Prozent zugunsten der Initiative. Die Anhänger:innen der GLP stimmten zu 69 Prozent für die Initiative. Anhängerschaften von Grünen (88%) und SP (87%) folgten grossmehrheitlich den Parolen. Bei der FDP und der SVP waren umgekehrt zwar auch Mehrheiten gegen die Initiative, aber es gab dennoch relativ viel Zuspruch für die Initiative aus den Reihen ihrer Anhängerschaften.

In Bezug auf das **VERTRAUEN** wird zunächst der links-gewerkschaftliche Charakter der Initiative auch beim Zustimmungsprofil deutlich. Nur wer den Gewerkschaften oder dem Pflegepersonal geringes oder kein Vertrauen entgegenbringt, lehnte die Vorlage mehrheitlich ab. Je höher das Vertrauen ausfällt, desto eher stimmte eine Person Ja. Das Vertrauen in die Schulmedizin spielte ebenfalls eine Rolle: Wer dieser nicht oder in nur in geringem Mass vertraut, war eher kritischer mit der Vorlage.

Die **WERTEHALTUNGEN** prägten das Stimmverhalten ebenfalls mit: Wer einen stark ausgebauten Sozialstaat gegenüber einem schwach ausgebauten vorzieht (76%) oder wer Solidarität gegenüber Eigenverantwortung vorzieht (76%), unterstützte die Vorlage sehr deutlich. Überzeugte Föderalist:innen hingegen, die den Kantonen eher mehr Macht als dem Bund zugestehen möchten, verwarfen die Initiative mit 47 Prozent Ja-Stimmen knapp.

Schliesslich war subjektiv der **EINFLUSS VON CORONA** ebenfalls von grosser Bedeutung. Wer angab, dass dieser den Entscheid beeinflusste, nahm die Pflegeinitiative viel deutlicher an als jemand, der keinen solchen Einfluss wahrnahm.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
total	61.0	2751	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.4***
linksaussen (0-2)	91	294	± 3.3
links (3-4)	83	525	± 3.2
Mitte (5)	61	740	± 3.5
rechts (6-7)	45	565	± 4.1
rechtsaussen (8-10)	33	306	± 5.3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Parteisympathie			**V=.39*** **
SVP	39	387	± 4.9
FDP	40	421	± 4.7
Die Mitte	56	310	± 5.5
GLP	69	212	± 6.3
SP	87	453	± 3.1
Grüne	88	213	± 4.4
andere Partei	68	160	± 7.2
keine	63	301	± 5.5
Vertrauen in Gewerkschaften			**V=0.3*** **
sehr gering bis gering (0-4)	42	819	± 3.4
mittel (5)	65	642	± 3.7
hoch (6-7)	72	578	± 3.7
sehr hoch (8-10)	81	427	± 3.7
Vertrauen in Pflegepersonal			**V=0.3*** **
sehr gering bis gering (0-4)	12	61	± 8.3
mittel (5)	36	206	± 6.6
hoch (6-7)	51	495	± 4.4
sehr hoch (8-10)	70	1917	± 2
Vertrauen in Schulmedizin			**V=0.1*** **
sehr gering bis gering (0-4)	50	214	± 6.7
mittel (5)	60	416	± 4.7
hoch (6-7)	58	600	± 4
sehr hoch (8-10)	65	1400	± 2.5
Wertehaltung: "eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat"			**V=.34*** **
stark ausgebauter Sozialstaat	76	1379	± 2.2
gemischte Wertehaltung	50	917	± 3.2
schwach ausgebauter Sozialstaat	31	251	± 5.7
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			**V=.25*** **
Solidarität wichtiger	76	878	± 2.8
gemischte Wertehaltung	60	994	± 3
Eigenverantwortung wichtiger	44	609	± 3.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Wertehaltung: " eine Schweiz, in der der Bund mehr Macht hat, oder eine Schweiz, in der die Kantone mehr Macht haben"			**V=.17*** **
Bund mehr Macht	69	779	± 3.2
gemischte Wertehaltung	60	1092	± 2.9
Kantone mehr Macht	47	544	± 4.2
Einfluss Corona auf Stimmentscheidung			**V=.14*** **
nicht beeinflusst	51	707	± 3.7
beeinflusst	66	1869	± 2.1

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 11) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: Pflegenotstand (26% aller Erstnennungen, 42% aller Nennungen), die langfristige Stärkung des Pflegeberufs (19% resp. 33%). und die Covid-19-Pandemie (12% resp. 20%).

Unter den Zustimmenden war ein hohes Problembewusstsein über die Situation in der Pflege unabhängig von der Covid-Situation oft in erster Linie als Ja-Motiv ausschlaggebend. Dazu gehören konkret die Arbeitsbedingungen (8% resp. 11%), der Lohn (7% resp. 12%) sowie der Personalmangel (4% resp. 6%).

Bei der zweiten Motivgruppe, der langfristigen Stärkung des Berufs, ging es um eine ganz grundsätzliche Besserstellung (6% resp. 9%) sowie um die Qualität des Gesundheitswesens (4% resp. 6%).

Zentral und gemessen am Anteil der Erstnennungen war für viele der Ausdruck von Wertschätzung, Respekt und Dankbarkeit im Kontext der Corona-Pandemie wichtig (7% resp. 10%). Dazu kam die Solidarität (3% resp. 5%).

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Pflegenotstand	26	446	42	720
(Schon vor Covid-19) schlechte Arbeitsbedingungen	8	136	11	193
Fairer/besserer/gerechter Lohn für Pflegende	7	125	12	204
Personalmangel, Unterbesetzung	4	61	6	98
Pflegeberuf langfristig stärken	19	386	33	625
Besserstellung des Pflegeberufes	6	126	9	172
Qualität Gesundheitswesen sichern	4	71	6	115
Covid-19 Pandemie	12	446	20	389
Ausdruck von Wertschätzung, Respekt, Dankbarkeit	7	137	10	205
Solidarität	3	61	5	86
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	15	283	20	378
Anderes	16	304	23	425
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	1
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	20	2	35
weiss nicht / kein Grund angegeben	26	565	65	1343

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der Pflegeinitiative bezogen sich in erster Linie auf die von der Initiative avisierte staatliche Rolle im Pflegeberuf (21% aller Erstnennungen resp. 31% aller Nennungen), auf den Gegenvorschlag (19% resp. 24%) oder auf das Gesundheitssystem (15% resp. 24%).

Bei der Frage der Staatlichkeit kommen liberale und föderalistische Werthaltungen zum Ausdruck, wobei das wichtigste Einzelmotiv in dieser Kategorie war, dass eine solche Regelung nicht in die Verfassung gehört (8% resp. 13%). Allerdings sahen auch einige die Verantwortung der Branche selbst (4% resp. 7%) oder eine primäre Verantwortung der Kantone (3% resp.5%).

Der Gegenvorschlag war in der Debatte nicht sehr präsent, aber für knapp einen Viertel der Nein-Stimmenden eines der Motive. Er wurde dabei als machbar (12% resp. 14%), aber auch als schneller umsetzbar (5% resp. 7%) wahrgenommen.

Bei den Bezügen auf das Gesundheitssystem kam ein Missfallen gegenüber einer Besserstellung der Pflegeberufe gegenüber anderen (7% resp. 11%) sowie die Angst vor den Kostenfolgen (6% resp. 9%) zum Ausdruck.

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Gegen staatliche Einmischung	21	182	31	262
gehört nicht in die Verfassung	8	76	13	105
Branche selber verantwortlich für Personal und Lohn	4	38	7	63
Gesundheit ist Sache der Kantone	3	33	5	48
Gegenvorschlag	19	160	24	195
Gegenvorschlag ist machbar	12	106	14	122
Gegenvorschlag kann schneller umgesetzt werden	5	38	7	53
Pflegende fordern zu viel	2	15	3	19
Gesundheitssystem	15	112	24	175
Privilegierung von Pflegeberufe gegenüber anderen	7	47	11	79
Zunahme Krankenkosten/Gesundheitskosten/Versicherung	6	51	9	75
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	70	13	106
Anderes	10	87	16	131
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	4	1	8
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	7	63	8	71
weiss nicht / kein Grund angegeben	27	178	76	611

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 12). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich ziemlich gut fundiert aus[3]: 71 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

Insgesamt unterstreichen die Urteile über die Pro-Argumente wie hoch das Bewusstsein im aktuellen Kontext über die Probleme in der Pflege war. Selbst im Lager der Nein-Stimmenden wurden sämtliche drei Ja-Argumente (klar) mehrheitlich unterstützt. Die Kontra-Argumente spalteten die Stimmenden viel stärker.

Insgesamt unterstützten unter den **Pro-Argumenten** 87 Prozent die Aussage, dass der Pflegenotstand bereits Realität ist und Investitionen in die Ausbildung unausweichlich sind. Auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wegen der vielen Berufsausstiege unterstützen 87 Prozent. 81 Prozent bestätigten, dass das Personal am Limit arbeitet und dass die Covid-Pandemie den Druck auf das Personal noch weiter erhöhte. Unter den Ja-Argumenten polarisiert dieses Argument am stärksten, aber selbst dieses Argument unterstützen 66 Prozent der Nein-Stimmenden.

Zwei der drei getesteten **Kontra-Argumente** überzeugte eine knappe Mehrheit der Stimmenden. 52 Prozent sahen im Gegenvorschlag eine rasche und kostengünstigere Variante. Diesbezüglich waren die Ja-Stimmenden deutlich kritischer (41%) als die Nein-Stimmenden (69%). Noch mehr polarisierte das Argument, wonach der Bund die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht über einen Sonderstatus in der Verfassung regeln solle. Insgesamt unterstützen 53 Prozent der Stimmenden das Argument: 41 Prozent der Ja-Stimmenden und 74 Prozent der Nein-Stimmenden. Kaum relevant war der Vergleich der Löhne oder der Anzahl Pflegepersonal im europäischen Vergleich, wo die Schweiz zu der Spitzengruppe gehört. Nur 23 Prozent unterstützten dieses Argument.

Ein inhaltliches Element der Initiative wurde zusätzlich beurteilt: Nur eine Minderheit von 46 Prozent unterstützt die Forderung, dass Pflegefachpersonen pflegerische Leistungen ohne ärztliche Verordnung abrechnen können. 19 Prozent können diese Forderung nicht beurteilen, während 35 Prozent diese Forderung nicht unterstützen. In der Meinungsbildung ist dieses Element nicht im Vordergrund gestanden.

[3] Link zu SPSR-Artikel von Milic (2015)

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Der Pflegenotstand ist bereits Realität. Investitionen in die Ausbildung von Pflegepersonal sind unausweichlich.	total	87	8	4
	Ja-Stimmende	94	2	3
	Nein-Stimmende	78	17	5
Fast die Hälfte des Pflegefachpersonals steigt aus dem Beruf aus. Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden, um qualifiziertes Personal halten zu können.	total	87	9	4
	Ja-Stimmende	95	2	2
	Nein-Stimmende	75	20	5
Das Gesundheits- und Pflegepersonal arbeitet am Limit. Mit der Covid-Pandemie hat sich der Druck auf das Personal weiter verschärft. Es braucht mehr als Applaus.	total	81	15	5
	Ja-Stimmende	90	6	4
	Nein-Stimmende	66	28	5
Kontra-Argumente				
Das Parlament hat mit dem indirekten Gegenvorschlag eine rasche und pragmatische Lösung vorgeschlagen: 1 Milliarde Franken sollen in die Förderung der Pflege fliessen. Die Initiative kostet ein Vielfaches.	total	52	31	18
	Ja-Stimmende	41	40	19
	Nein-Stimmende	69	17	15
Löhne und Arbeitsbedingungen der Pflege sollen nicht durch den Bund geregelt werden. Das würde einer Sonderstellung dieser Berufsgruppe in der Verfassung entsprechen.	total	53	32	14
	Ja-Stimmende	41	42	17
	Nein-Stimmende	74	17	10
Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz bei der Anzahl Pflegepersonal und den Pflegelöhnen in der Spitzengruppe. Es gibt keinen Grund mehr zu tun.	total	23	67	10
	Ja-Stimmende	9	82	8
	Nein-Stimmende	44	45	11

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 87 Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 78% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass der Pflegenotstand bereits Realität ist und Investitionen in die Ausbildung von Pflegepersonal unausweichlich. 8 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 4 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'203 Ja-Stimmende 1'304, Nein-Stimmende 834.

5 Justiz-Initiative

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Am 26. August 2019 ist die Volksinitiative "Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter mit Losverfahren" mit 130'100 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Das Initiativkomitee rund um Adrian Gasser zählt auf die Unterstützung von verschiedenen Expert:innen aus sozialwissenschaftlichen und staatsrechtlichen Kreisen.

Die Initiative will, dass Richter:innen des Bundesgerichts per Losverfahren bestimmt werden. Weiterhin soll auch mit dem Losverfahren gewährleistet sein, dass die Amtssprachen am Bundesgericht angemessen vertreten sind. Wer ausgelost werden kann, bestimmt eine unabhängige Fachkommission. Die Richter:innen könnten bis fünf Jahre über das ordentliche Rentenalter hinaus gewählt werden und nur in einem Amtsenthebungsverfahren entlassen werden. Dank diesem Prinzip könnten Richter:innen Parteiunabhängig urteilen, weil sie bei der Wahl nicht von der Gunst der Parlamentsmitgliedern abhängig sind, und parteilose Kandidierende hätten Chancen, gewählt zu werden.

Der Bundesrat und das Parlament sind gegen das Losverfahren, da anstatt einer demokratischen Wahl das Zufallsprinzip entscheiden würde. Zudem gäbe es keine Hinweise, dass Bundesrichter:innen nicht unabhängig urteilen würden. Das derzeitige System hat sich bewährt. Vertreter:innen aller grossen Parteien sind gegen die Justiz-Initiative.

Die Volksinitiative wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. 68,1 Prozent haben Nein gestimmt (0 0/2 Stände-Ja und 20 6/2 Stände-Nein). Damit wird die Wahl der Bundesrichter:innen nicht geändert.

5.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 13) zeigen, dass sich die Zustimmung nach ALTER, GESCHLECHT, BILDUNG und EINKOMMEN unterscheidet, wobei nur eine Differenz auch signifikant ist.

INSGESAMT hat nur eine soziodemographische Eigenschaft eher stärker zu einem Nein geführt als andere Ausprägungen: Personen, die eine berufliche Grundbildung/Berufslehre absolviert haben, haben zu 27 Prozent Ja gestimmt, wohingegen alle anderen Ausprägungen in dieser Kategorie mit rund 35 Prozent Ja gestimmt haben. Soziodemografisch gibt es keine Gruppierung, die mehrheitlich Ja gesagt hat.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	**31.9**	**2502**	
Alter			**V=.04**
18-29 Jahre	35	301	± 5.4
30-39 Jahre	30	324	± 5
40-49 Jahre	32	412	± 4.5
50-59 Jahre	33	509	± 4.1
60-69 Jahre	34	458	± 4.3
70 Jahre und älter	29	498	± 4
Geschlecht			**V=.04**
Frauen	30	1257	± 2.5
Männer	34	1245	± 2.6
Bildungsgrad			**V=.08****
ohne nachobligatorische Bildung	36	233	± 6.2
berufliche Grundbildung/Berufslehre	27	838	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	34	666	± 3.6
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	34	682	± 3.6
Haushaltseinkommen			**V=.07**
bis 3'000 CHF	34	84	± 10.2
3'000-5'000 CHF	28	295	± 5.1
5'000-7'000 CHF	32	408	± 4.5
7'000-9'000 CHF	36	399	± 4.7
9'000-11'000 CHF	34	350	± 5
über 11'000 CHF	28	598	± 3.6

INSGESAMT hat nur eine politische Eigenschaft zu einem mehrheitlichen Ja geführt (Tabelle 15): Personen, die den Grünen sympathisch gegenüberstehen, haben mit 52 Prozent Ja gestimmt. Alle anderen Subgruppen haben mehrheitlich Nein gestimmt. Obwohl es keine mehrheitliche Zustimmung aufgeschlüsselt nach Links-rechts-Selbsteinstufung oder Partei-Sympathie gibt, hatten diese beiden Faktoren die stärkste Erklärungskraft.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen, die sich hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** eher als linksaussen oder links einstufen weniger oft Nein gestimmt haben (rund 46% Ja-Anteil) als Personen, die sich der Mitte (30% Ja-Anteil) oder rechts/rechtsaussen (20% Ja-Anteil) zuordnen.

Auch die **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigen ein ähnliches Muster: Während Sympathisierende der Grünen mit 52 Prozent Ja gestimmt haben, haben die SP-Sympathisierenden mit 43 Prozent und die GLP-Sympathisierenden mit 38 Prozent Ja gestimmt. Die Mitte- (27%), SVP- (23%) und FDP- Sympathisierende (16%) haben deutlicher Nein gestimmt. Personen, die einer anderen oder keiner Partei sympathisch gegenüberstehen, haben zu rund einem Drittel Ja gestimmt.

Der Ja-Anteil korreliert auch leicht mit dem **VERTRAUEN** in verschiedene Akteuren und Institutionen: Je mehr Vertrauen Personen in Richter:innen, das Bundesgericht oder in Parteien haben, desto eher haben sie Nein gestimmt.

Schliesslich zeigt sich auch ein Zusammenhang zwischen der **WERTEHALTUNG** «Tradition wahren gegenüber mit dem Zeitgeist gehen». Personen, die Traditionen schützen möchten, haben eher Nein gestimmt als solche, die mit dem Zeitgeist gehen möchten.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	31.9	2502	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.22***
linksaussen (0-2)	44	271	± 5.9
links (3-4)	47	480	± 4.5
Mitte (5)	30	671	± 3.5
rechts (6-7)	22	542	± 3.5
rechtsaussen (8-10)	20	293	± 4.6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Parteisympathie			**V=.24*** **
SVP	23	351	± 4.4
FDP	16	408	± 3.6
Die Mitte	27	297	± 5.1
GLP	38	198	± 6.8
SP	43	414	± 4.8
Grüne	52	193	± 7.1
Andere Partei	36	144	± 7.9
keine	34	255	± 5.8
Vertrauen in Richter:innen			**V=.08***
sehr gering bis gering (0-4)	36	223	± 6.3
mittel (5)	36	478	± 4.3
hoch (6-7)	34	645	± 3.7
sehr hoch (8-10)	28	976	± 2.8
Vertrauen in Bundesgericht			**V=.09****
sehr gering bis gering (0-4)	40	221	± 6.5
mittel (5)	37	420	± 4.6
hoch (6-7)	29	563	± 3.8
sehr hoch (8-10)	30	1124	± 2.7
Vertrauen in Parteien			**V=.13*****
sehr gering bis gering (0-4)	40	759	± 3.5
mittel (5)	31	874	± 3.1
hoch (6-7)	26	529	± 3.7
sehr hoch (8-10)	22	186	± 6
Wertehaltung: "eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt"			**V=.11*****
Zeitgeist	38	946	± 3.1
gemischte Wertehaltung	29	892	± 3
Traditionen schützen	26	540	± 3.7
Einfluss Corona auf Stimmentscheidung			**V=.05***
nicht beeinflusst	32	2015	± 2
beeinflusst	39	251	± 6.1

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die JA-MOTIVE (Tabelle 16) lassen sich in zwei Überkategorien gliedern: Zum einen wurde Argumente angegeben, die für Partei-unabhängige Richter:innen sprechen (43% der Erstnennungen resp. 71% aller Nennungen), zum anderen für Argumente, die für ein faires System sprechen (12% resp. 23%).

Die meist genannten Argumenten in der Kategorie Partei-unabhängige Richter:innen lauten, dass mit der Justiz-Initiative der Einfluss von Parteien verringert würden (12% der Erstnennungen resp. 71% aller Nennungen), dass damit die Gewaltenteilung besser gewesen wäre (8% resp. 13%) und dass die Parteizugehörigkeit dann nicht entscheidend für die Richterwahl wäre (3% resp. 6%).

Die zweite Überkategorie lässt sich in die Kategorie «Faires System» zusammenfassen. Diese Argumente betonen, dass das vorgeschlagene Losverfahren gerecht sei (3% resp. 7%), gleiche Chancen für alle böte (3% resp. 5%) und auch die Chance für Parteilose verbessere(3% resp. 3%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Partei-unabhängige Richter:innen	43	356	71	556
Einfluss von Parteien verringern	12	103	18	148
für Gewaltenteilung/-trennung	8	61	13	92
Parteizugehörigkeit soll nicht entscheidend sein	3	31	6	58
Faireres System	12	81	23	154
Losverfahren ist gerecht	3	17	7	42
gleiche Chancen für alle	3	18	5	34
Chance für Parteilose	3	19	3	22
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	5	42	10	74
Anderes	7	56	12	97
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	2	14	2	17
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	14	2	15
weiss nicht / kein Grund angegeben	36	297	79	666

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen ebenfalls zwei Aspekte im Vordergrund (Tabelle 17): Das Losverfahren war Stein des Anstosses (29% aller Erstnennungen resp. 40% aller Nennungen) und dass der Status Quo nicht geändert werden soll (14% resp. 21%).

Als **HAUPTGRUND FÜR DIE KONTRA-SEITE** sprachen am häufigsten Personen das Losverfahren an. Die meistgenannten Argumente in diesem Bereich waren, dass die Auslosung nichts mit Kompetenz zu tun habe (3% resp. 4%) und dass es dann zu einer Glückswahl verkomme, wie an einem Wettbewerb (2% resp. 4%).

Die zweite Überkategorie waren "pro Status quo". Am meisten gaben in dieser Kategorie an, dass das bisherige System funktioniere (11% resp. 14%), und die proportionale Abbildung der Parteien sinnvoll sei (1% resp. 3%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
gegen Losverfahren	29	487	40	654
Auslosung hat nichts mit Kompetenz zu tun	3	56	4	82
Glückswahl, wie an einem Wettbewerb	2	36	3	52
für Status Quo	14	232	21	336
bisheriges System funktioniert	11	190	14	237
proportionale/repräsentative Abbildung der Parteien	1	16	3	49
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	0	0	0	0
Anderes	12	194	15	256
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	8	1	13
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	4	65	5	85
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	698	85	1454

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Justiz-Initiative entscheidungsrelevant.

Die Stimmentscheidung war insgesamt ziemlich stark fundiert: 73 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Kontra-Argumente besser als Pro-Argumente. Denn alle Kontra-Argumente erhielten insgesamt mehrheitliche Zustimmung. Bei den Pro-Argumenten lag der Anteil der Zustimmung zwischen 45 und 51 Prozent.

Unter den **PRO-ARGUMENTEN** hat das Argument mit den ungleichen Chancen für Parteilose insgesamt am meisten überzeugt: 51 Prozent aller Stimmenden waren überzeugt, dass das heutige Wahlverfahren diesbezüglich verbessert werden sollte. 82 Prozent der Ja-Stimmenden waren davon überzeugt, rund ein Drittel der Nein-Stimmenden ebenfalls. Dass Richter:innen aufgrund der Parteizugehörigkeit kaum unabhängig urteilen können, empfinden 50 Prozent der Stimmenden als korrekt. 83 Prozent der Ja-Stimmenden sind mit diesem Argument einverstanden, 48 Prozent der Nein-Stimmenden nicht. Von allen Pro-Argumenten hat dieses Argument am stärksten polarisiert. Dass die angestrebte gesellschaftliche Repräsentationsfunktion des Bundesgerichts aufgrund der sinkenden Mitgliederzahlen bei Parteien ihre Rolle nicht erfüllt, hat insgesamt keine Mehrheit überzeugt. 45 Prozent aller Stimmenden, 75 Prozent der Ja- und 33 Prozent der Nein-Stimmenden haben diesem Argument zugestimmt.

Alle drei **KONTRA-ARGUMENTE** haben insgesamt eine Mehrheit überzeugt. 58 Prozent aller Stimmenden stimmen zu, dass eine ausgewogene Zusammensetzung des Gerichts durch ein Losverfahren nicht garantiert wäre. Davon sind auch rund ein Viertel der Ja-Stimmenden überzeugt. Die Schweiz hat eines der weltweit besten Justizsysteme. Das finden 58 aller Stimmenden und 73 Prozent der Nein-Stimmenden. Das am stärksten polarisierende Argument lautet, dass mit dem Losverfahren nicht die fähigsten, sondern diejenigen mit am meisten Glück gewählt werden, was die demokratische Legitimation untergräbt. Insgesamt sind 57 Prozent der Stimmenden und 74 Prozent aller Nein-Stimmenden damit einverstanden – jedoch sind 63 Prozent der Ja-Stimmenden nicht damit einverstanden.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Das heutige Wahlverfahren für Bundesrichter:innen verhindert die Wahl der besten Kandidierenden, weil beispielsweise Parteilose von vornherein chancenlos sind.	Total	51	29	20
	Ja-Stimmende	82	7	11
	Nein-Stimmende	38	42	20
Richter:innen können kaum unabhängig urteilen, wenn sie einer Partei angehören und eine Nicht-Wiederwahl fürchten müssen.	Total	50	33	17
	Ja-Stimmende	83	7	10
	Nein-Stimmende	36	48	16
Immer weniger Menschen gehören einer Partei an. Durch das Festhalten an der parteipolitischen Vertretung verfehlt das Bundesgericht die angestrebte gesellschaftliche Repräsentationsfunktion.	Total	45	31	24
	Ja-Stimmende	75	11	15
	Nein-Stimmende	33	42	25
Kontra-Argumente				
Eine ausgewogene Zusammensetzung des Gerichts wäre durch ein Losverfahren nicht garantiert.	Total	58	25	18
	Ja-Stimmende	26	59	15
	Nein-Stimmende	75	11	14
Das heutige Wahlverfahren hat sich bewährt. Die Schweiz hat eines der weltweit besten Justizsysteme.	Total	58	22	20
	Ja-Stimmende	32	49	18
	Nein-Stimmende	73	11	17
Mit dem Losverfahren werden nicht die fähigsten Personen, sondern einfach jene mit dem meisten Glück gewählt. Das untergräbt die demokratische Legitimation einer Richter:innenwahl.	Total	57	27	16
	Ja-Stimmende	26	63	11
	Nein-Stimmende	74	11	15

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 51 Prozent aller Stimmenden (sowie 82% aller Ja-Stimmenden bzw. 38% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass das heutige Wahlverfahren für Bundesrichter:innen die Wahl der besten Kandidierenden verhindert, weil beispielsweise Parteilose von vornherein chancenlos sind. 29 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 20 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'182 Ja-Stimmende 653, Nein-Stimmende 1'392.

6 Covid-19-Gesetz

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Corona-Pandemie fordert vom Bundesrat schnelles Handeln und die nötigen Kompetenzen, damit die Menschen und Wirtschaft geschützt werden können. Während der Bundesrat sich zuerst auf das Notrecht stützen konnte, wurde später das Covid-19-Gesetz verabschiedet und nach einem Referendum am 13. Juni 2021 mit 60 Prozent vom Stimmvolk angenommen.

Vertreter:innen der Junge SVP und «Freunde der Verfassung» haben bereits ein weiteres Referendum nach der Abstimmung im Juni 2021 angekündigt. Das Referendum gegen Teile des Covid-19-Gesetzes ist dann auch zustande gekommen. Die Urheber des Referendums, «Freunde der Verfassung» und «Aktionsbündnis Urkantone», haben 187'239 Unterschriften eingereicht[4]. Für sie ist das Gesetz unnötig, da die derzeitigen Gesetze genügen würden, und zu extrem, da es aufgrund des Covid-Zertifikats zu einer Spaltung der Gesellschaft und zu einer massiven Überwachung von allen führen würde. Die Urheber des Referendum erhielten auch Unterstützung vom Komitee «Geimpfte gegen das Covid-Zertifikat». Auch für sie das Zertifikat Stein des Anstosses, da es keinen effektiven Schutz biete, sondern nur eine Scheinsicherheit, und die gesellschaftliche Polarisierung verstärke. Zudem wurde das Referendum von der SVP unterstützt.

Alle anderen grossen Parteien sind gegen das Referendum. Denn sie unterstützen das Covid-19-Gesetz, dass es erlaubt, Menschen und Unternehmen besser zu schätzen. Die Anpassungen vom März 2021 seien für die wirtschaftliche Hilfe notwendig. Zudem vereinfach das Covid-Zertifikat Auslandreisen und ermöglicht die Durchführung von Veranstaltungen.

Die Änderungen des Covid-19-Gesetzes wurden vom Stimmvolk klar mit 62 Prozent angenommen (19 5/2 Stände-Ja und 1 1/2 Stände-Nein). Nur in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Schwyz lag der Ja-Anteil unter 50 Prozent. Damit bleiben die Änderungen vom März 2021 am Covid-19-Gesetz in Kraft.

[4] Aufgrund der Pandemie war es möglich, Unterschriftenlisten ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichen (vgl. Link admin.ch)

6.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Zunächst gilt es, einen auffälligen Unterschied in der MEINUNGSBILDUNG zum Covid-Gesetz zu betonen (Tabelle 19). Ja-Stimmende haben traditionelle und redaktionelle Quellen stärker genutzt als Nein-Stimmende. Nein-Stimmende haben hingegen Strassenplakate, Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen und Mitteilungen am Arbeitsplatz deutlich stärker beachteten als Ja-Stimmende.

Tabelle 19: Stimmverhalten Covid-Gesetz nach Mediennutzung (in % der materiell Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzung Ja-Stimmende (in %) (gewichtet)	Nutzung Nein-Stimmende (in %) (gewichtet)	Cramérs V / Standardfehler
Artikel in Zeitungen	89	81	V=.11***
Das Bundesbüchlein	87	79	V=.11***
Abstimmungssendungen am Fernsehen	81	68	V=.15***
News-Seiten im Internet	71	71	V=.01
Abstimmungssendungen am Radio	70	62	V=.09**
Abstimmungszeitungen oder Flyers	60	68	V=.09**
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare	59	61	V=.04
Meinungsumfragen	56	53	V=.03
Inserate in Zeitungen	55	60	V=.06*
Strassenplakate	51	66	V=.15***
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	48	55	V=.08**
Mitteilungen am Arbeitsplatz	43	53	V=.11***
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	32	47	V=.15***
VoteInfo-App vom Bund	32	28	V=.05
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel Youtube	31	46	V=.15***

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 20) zeigen, dass sich die Zustimmung nach ALTER, BILDUNG und EINKOMMEN unterscheidet. Obwohl die Effekte signifikant sind, fallen sie gemessen an ihrer Stärke aufgrund der teilweise kleinen Cramérs V (sehr) gering aus.

INSGESAMT gab es keine soziodemografische Subgruppe, bei der eine Mehrheit Nein gesagt hat. Folgende soziodemographischen Eigenschaften haben aber signifikant stärker zu einem Ja geführt: Ältere Personen im Vergleich zu jüngeren, höher gebildete Personen als tiefer gebildete, und einkommensstarke im Vergleich zu einkommensschwachen Personen.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass das **ALTER** die grösste Erklärungskraft hat: Während 18-29-Jährige mit 53 Prozent Ja gestimmt haben, lag der Anteil bei 70-Jährigen und älteren bei 73 Prozent. Hinsichtlich der **BILDUNG** zeigt sich, dass diejenigen Personen ohne nachobligatorische Bildung mit 56 Prozent Ja gestimmt haben, solche mit einem tertiären Abschluss hingegen zu 71 Prozent. Beim **EINKOMMEN** gibt es ähnlich grosse Unterschiede: Personen mit einem Haushaltseinkommen unter CHF 3'000 haben mit 57 Prozent Ja gestimmt, solche mit einem Einkommen über CHF 11'000 hingegen zu 73 Prozent.

Tabelle 20: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	**62.0**	**2775**	
Alter			**V=.17*** **
18-29 Jahre	53	343	± 5.3
30-39 Jahre	54	369	± 5.1
40-49 Jahre	53	461	± 4.6
50-59 Jahre	67	567	± 3.9
60-69 Jahre	65	507	± 4.2
70 Jahre und älter	73	528	± 3.8
Geschlecht			**V=.01**
Frauen	63	1443	± 2.5
Männer	61	1332	± 2.6
Bildungsgrad			**V=.11*** **
ohne nachobligatorische Bildung	56	264	± 6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	59	946	± 3.1
Maturität/höhere Berufsbildung	62	725	± 3.5
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	71	732	± 3.3
Haushaltseinkommen			**V=.12*** **
bis 3'000 CHF	57	95	± 10
3'000-5'000 CHF	61	333	± 5.2
5'000-7'000 CHF	58	460	± 4.5
7'000-9'000 CHF	63	437	± 4.5
9'000-11'000 CHF	60	377	± 5
über 11'000 CHF	73	635	± 3.5

INSGESAMT haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem Ja geführt (Tabelle 21): Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala von linksaussen bis rechts (ohne rechtsaussen) sowie jegliche Parteiaffinität ausser SVP. Werteseitig beförderten grosses

Vertrauen in den Bundesrat, in das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und in die Swiss National COVID-19 Task Force und geringes Vertrauen in die Massnahmegegner:innen ein Ja. Zudem führten Präferenzen für eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, eher zu einem Ja, als die Präferenz für eine Schweiz, die Traditionen wahren möchte.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen von linksaussen (75% Zustimmung) über links (82%) über zentrale (65%) auch rechts (60%) auf der Links-rechts-Selbsteinstufung klar ein Ja eingelegt haben. Nur Personen, die sich als rechtsaussen bezeichnen, haben mehrheitlich ein Nein eingelegt (40% Ja-Anteil). Im Vergleich zur Covid-Abstimmung im Juni haben vor allem deutlich mehr Personen, die sich als «rechts» bezeichnen (6-7 auf 10er-Skala), ein Ja eingelegt (von 45% Ja-Anteil zu 60%-Ja-Anteil).

Auch unter Einbezug der **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigt sich dasselbe Bild: Sympathisierende der SVP haben lediglich zu 30 Prozent ein Ja eingelegt. Sympathisierende aller anderen Parteien haben klar Ja gestimmt: FDP- (74%), die Mitte- (69%), GLP- (86%), SP- (83%) und Grüne-Sympathisierende (76%) waren überzeugt von der Notwendigkeit des Ja. Auch Personen, die anderen (55%) oder keiner Partei (59%) sympathisch gegenüberstehen, haben mehrheitlich Ja gestimmt.

Bei der Partei-Sympathie gibt es im Vergleich zur Juni-Abstimmung vereinzelte grössere Veränderungen, die für eine Polarisierung zwischen SVP und anderen Parteien aus dem Mitte-Rechts-Lager sprechen: SVP-Sympathisierende waren deutlich klarer dagegen (von 38% Ja-Anteil auf 30%), FDP-Sympathisierende von 65 auf 74 Prozent Ja-Anteil, GLP-Sympathisierende von 74 auf 86 Prozent Ja-Anteil und Ja-Anteil derer, die einer anderen Partei sympathisch gegenüberstehen, von 40 auf 55 Prozent Ja-Anteil.

Der Ja-Anteil korreliert auch sehr stark positiv mit dem **VERTRAUEN** in den Bundesrat, das Bundesamt für Gesundheit, die Swiss National COVID-19 Task Force und negativ mit der Massnahmegegnerschaft. Mindestens hohes Vertrauen in den Bundesrat, mittleres Vertrauen in das BAG, hohes Vertrauen in die Task Force und maximal geringes Vertrauen in die Gegnerschaft führen zu einem mehrheitlichen Ja. Die Erklärungskraft des Vertrauens ist äusserst stark: Der Zusammenhang des Ja-Anteils mit der Task Force erreicht ein Cramérs V von 0.72, mit dem BAG ein V = 0,65, mit dem Bundesrat ein V = 0,63 und mit der Gegnerschaft ein V = 0,56. Der Bundesrat profitierte bei der Abstimmung demnach vom mehrheitlichen Vertrauen (Durchschnitt 6.6 auf 11er-Skala, im Vergleich zu 6.7 im Juni 2021), das ihm die Stimmenden entgegenbrachten.

Eine **WERTEHALTUNG** widerspiegelt ebenfalls klar das Ja und Nein für das Covid-19-Gesetz. Dabei zeigt sich: wer für eine Schweiz ist, die mit dem Zeitgeist geht, ist mehrheitlich für das Gesetz. Wer für die Wahrung der Traditionen der Schweiz ist, ist mehrheitlich dagegen. Von denjenigen, die eine gemischte Wertehaltung diesbezüglich ausdrücken, war auch eine Mehrheit dafür.

Auffallend ist, dass auch diejenigen mehrheitlich Ja gestimmt haben (57% im Vergleich zu 64% Ja-Anteil), die sagen, dass die derzeitige Corona-Pandemie keinen Einfluss auf ihre Stimmentscheidung hatte (V = 0.05).

Schliesslich gaben auch von denjenigen, die sich bereits gegen Covid-19 impfen haben lassen, an, zu 79 Prozent Ja gestimmt zu haben. Solche hingegen, die sich nicht impfen lassen wollen, haben nur zu 1 Prozent Ja gestimmt (V = 0.63).

Tabelle 21: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	**62.0**	**2775**	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			**V=.28*** **
linksaussen (0-2)	75	285	± 5
links (3-4)	82	529	± 3.2
Mitte (5)	65	740	± 3.4
rechts (6-7)	60	580	± 4
rechtsaussen (8-10)	40	317	± 5.4
Parteisympathie			**V=.41*** **
SVP	30	399	± 4.5
FDP	74	431	± 4.1
Die Mitte	69	309	± 5.2
GLP	86	212	± 4.7
SP	83	448	± 3.5
Grüne	76	215	± 5.7
Andere Partei	55	162	± 7.7
keine	59	302	± 5.6
Vertrauen in Bundesrat			**V=.63*** **
sehr gering bis gering (0-4)	11	319	± 3.5
mittel (5)	33	357	± 4.9
hoch (6-7)	65	550	± 4
sehr hoch (8-10)	89	1469	± 1.6
Vertrauen in Bundesamt für Gesundheit BAG			**V=.65*** **
sehr gering bis gering (0-4)	13	439	± 3.1
mittel (5)	51	374	± 5.1
hoch (6-7)	74	587	± 3.5
sehr hoch (8-10)	90	1319	± 1.6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Vertrauen in Swiss National COVID-19 Task Force			**V=.72*** **
sehr gering bis gering (0-4)	10	484	± 2.7
mittel (5)	47	342	± 5.3
hoch (6-7)	80	532	± 3.4
sehr hoch (8-10)	94	1310	± 1.3
Vertrauen in Massnahmegegner:innen			**V=.56*** **
sehr gering bis gering (0-4)	81	1945	± 1.8
mittel (5)	29	336	± 4.9
hoch (6-7)	17	131	± 6.5
sehr hoch (8-10)	11	114	± 5.8
Wertehaltung: "eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			**V=.35*** **
Zeitgeist	80	1044	± 2.4
gemischte Wertehaltung	65	969	± 3
Tradition	37	604	± 3.8
Impfstatus			**V=.63*** **
Ja, ich bin bereits geimpft	79	2315	± 1.7
Ja, ich habe es vor	15	26	± 13.9
Nein, ich möchte mich nicht impfen	1	217	± 1.6
Nein, ich kann mich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen	11	24	± 12.6
Darüber möchte ich keine Auskunft geben	9	112	± 5.4
weiss nicht / keine Angabe	17	81	± 8.2

6.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 22) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: Unterstützung für die aktuelle Corona-Politik (36% der Erstnennungen resp. 55% aller Nennungen), das Ziel, die Pandemie zu besiegen (23% resp. 32%), und Solidarität mit Mitmenschen (8% resp. 16%).

Als **HAUPTGRUND FÜR DIE PRO-SEITE** hat die Stimmbevölkerung mit ihrem Ja die Unterstützung der aktuellen Corona-Politik gegeben: Das Covid-19-Gesetz beinhaltet die nötige Gesetzes- und Handlungsgrundlage für den Bundesrat (8% resp. 11%), das Ja gilt explizit als Lob für den Bundesrat und die aktuelle Politik (7% resp. 10%) und der Wunsch, dass das sinnvolle Covid-Zertifikat beibehalten wird (5% resp. 10%).

Ein zweiter Aspekt des Ja ist das Ziel, die Pandemie zu besiegen. So gab das Stimmvolk an, das Ja ist zwingend, um aus der Pandemie rauszukommen (8% resp. 11%) und die Pandemie effektiv bekämpfen zu können (5% resp. 6%).

Ein dritter Aspekt ist die Solidarität. So gab das Stimmvolk an, dass es mit dem Ja die notwendige finanzielle Unterstützung und Hilfe garantieren möchte (4% resp. 10%) und als Hinweis zu Solidarität mit der Bevölkerung (2% resp. 4%).

Tabelle 22: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Unterstützung aktueller Corona-Politik	36	728	55	1078
Nötige (Gesetzes-/Handlungs-)Grundlage für Bundesrat	8	164	11	226
Lob für Bundesrat, macht einen guten Job, BR/Politik	7	125	10	177
Beibehaltung des sinnvollen Covid-Zertifikats	5	102	10	184
Pandemie besiegen	23	468	32	658
nur so kommen wir aus der Pandemie raus	8	167	11	238
Pandemiebekämpfung	5	89	6	115
Solidarität	8	164	16	330
Finanzielle Unterstützung/Hilfe garantieren	4	94	10	201
Solidarität mit (Welt-)Bevölkerung	2	54	4	88
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	4	85	6	125
Anderes	8	156	19	367
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	4	0	7
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	19	2	28
weiss nicht / kein Grund angegeben	24	538	62	1351

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen zwei Aspekte im Vordergrund (Tabelle 23): Die Massnahmen (43% aller Erstnennungen resp. 73% aller Nennungen) und die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik (19% resp. 29%).

Als **HAUPTGRUND FÜR DIE KONTRA-SEITE** gaben die meisten ihre Einstellung gegen die Massnahmen an. Die meistgenannten Motive in diesem Bereich waren, dass sie gegen einen Impfzwang oder –pflicht sind (10% resp. 19%), sie mehr Freiheit wünschen (9% resp. 14%) und weniger Bevormundung (8% resp. 8%).

Als weiteren Grund gaben sie die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik an. Der Bundesrat respektive der Staat erhält zu viel Macht (11% resp. 15%), als explizite Unzufriedenheit mit dem Bundesrat (3% resp. 7%) und dass sie mehr Demokratie wünschen (3% resp. 5%).

Das Covid-Zertifikat wurde in verschiedenen Zusammenhängen mit «mehr Freiheit» respektive gegen den «Impfzwang resp. –pflicht» und zur Verhinderung einer Zweiklassengesellschaft erwähnt.

Tabelle 23: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Gegen Massnahmen	43	300	73	471
gegen Impfzwang oder Impfpflicht	10	70	19	126
mehr Freiheit	9	67	14	98
weniger Bevormundung	8	44	8	48
Unzufriedenheit mit Corona-Politik	19	112	29	178
Bundesrat/Staat erhält zu viel Macht	11	65	15	91
Unzufriedenheit mit dem Bundesrat	3	19	7	40
mehr Demokratie	3	19	5	29
Unglaube zur Corona-Pandemie	2	11	6	41
Covid-19 ist nur Angstmache/Hysterie	1	4	3	16
Covid-19 ist eine Farce/Propaganda	1	3	2	11
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	9	52	14	79
Anderes	9	56	15	85
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	1	0	3
weiss nicht / kein Grund angegeben	26	217	60	465

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 24zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über das Covid-19-Gesetz entscheidungsrelevant.

Die Stimmentscheidung war insgesamt sehr stark fundiert: 89 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Pro-Argumente besser als Kontra-Argumente. Denn zwei von drei Pro-Argumente erhielten insgesamt mehrheitliche Zustimmung, wohingegen keines der Kontra-Argumente mehrheitliche Zustimmung erhielt. Die Kontra-Argumente haben alle sehr stark polarisiert.

Unter den **PRO-ARGUMENTEN** hat das Argument des Covid-Zertifikats am meisten überzeugt: 66 Prozent aller Stimmenden waren überzeugt, dass das Covid-Zertifikat der richtige Weg ist, um schrittweise zur Normalität zurückzufinden. 94 Prozent der Ja-Stimmenden haben diesem Nutzen-Argument zugestimmt, 74 Prozent der Nein-Stimmenden nicht. Von den Pro-Argumenten hat das Zertifikat am stärksten polarisiert. Dass das Zertifikat bei einer Erhöhung der Fallzahlen strengere Schutzmassnahmen bis hin zum Lockdown verhindern vermag, hat auch eine Mehrheit aller Stimmenden überzeugt (59% aller Stimmenden, 82% der Ja-Stimmenden und 23% der Nein-Stimmenden). Schliesslich hat das Pro-Argument, dass die Wirtschaft bei einem Nein zu stark unter Druck käme, keine Mehrheit der Stimmenden überzeugt. 44 Prozent der Stimmenden waren damit einverstanden, 52 Prozent der Ja-Stimmenden und 31 Prozent der Nein-Stimmenden.

Keines der drei angegebenen **KONTRA-ARGUMENTE** überzeugte eine Mehrheit der Stimmenden, jedoch alle stärker polarisiert als die Pro-Argumente. Am stärksten überzeugt hat das Argument, dass die Zertifikatspflicht zu einer Zweiklassengesellschaft führt (44% aller Stimmenden). 78 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit nicht einverstanden, 87 Prozent der Nein-Stimmenden hingegen schon. Dass die bestehenden Gesetze ausreichen würde, um die Schweiz vor Covid-19 zu schützen, finden 41% der Stimmenden. 76 Prozent der Nein-Stimmenden und 19 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit einverstanden. Schliesslich fanden 36 Prozent der Stimmbevölkerung, dass die Änderungen am Covid-19-Gesetz zu weit gingen und eine massive Überwachung zur Folge haben würden. 82 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten damit überein, 87 Prozent der Ja-Stimmenden hingegen nicht.

Tabelle 24: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Das Covid-Zertifikat ist der richtige Weg, um schrittweise zur Normalität zurückzufinden.	Total	66	30	4
	Ja-Stimmende	94	3	3
	Nein-Stimmende	22	74	4
Das Impfzertifikat verhindert, dass bei einer Zuspitzung der Lage in den Spitälern wieder strengere Schutzmassnahmen bis hin zu einem erneuten Lockdown nötig werden.	Total	59	35	6
	Ja-Stimmende	82	14	4
	Nein-Stimmende	23	70	7
Es ist zu riskant für die Wirtschaft Direkthilfen für krisengeschädigte Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmende aufs Spiel zu setzen.	Total	44	40	16
	Ja-Stimmende	52	33	14
	Nein-Stimmende	31	52	17
Kontra-Argumente				
Die Zertifikatspflicht führt zu einer Zweiklassengesellschaft, denn wer sich nicht Impfen lässt, dem werden Grundrechte entzogen.	Total	44	51	4
	Ja-Stimmende	18	78	4
	Nein-Stimmende	87	9	4
Bestehende Gesetze reichen aus, um die Schweiz vor Covid zu schützen.	Total	41	49	10
	Ja-Stimmende	19	71	9
	Nein-Stimmende	76	14	9
Die Änderungen am Covid-19-Gesetz gehen zu weit. Sie führen zu massiver Überwachung.	Total	36	57	6
	Ja-Stimmende	8	87	5
	Nein-Stimmende	82	11	6

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 66 Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 22% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass das Covid-Zertifikat der richtige Weg ist, um schrittweise zur Normalität zurückzufinden. 30 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 4 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'217 Ja-Stimmende 1'345, Nein-Stimmende 824.

7 Anhang

7.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 28. November 2021, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 29. November und dem 17 Dezember 2021 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 25: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	Zufallsstichprobe (Poissonziehung) Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	29. November bis 17. Dezember 2021
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'420 (Papier: 1'416, Online: 2004) n DCH: 2'031 n FCH: 940 n ICH: 449 (Papier: n DCH: 778 n FCH: 416 n ICH: 222 (online: n DCH: 1253 n FCH: 524 n ICH: 227
Standardfehler	± 1.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit) und einer Schätzung auf Niveau Schweiz

7.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

7.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmer:innen aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 7.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'515 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'501 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

7.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 28. November 2021 umfasst insgesamt 3'420 Befragte (Ausschöpfung: 47%), wovon rund 59 Prozent aus der Deutschschweiz (n=2’031), rund 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=940) und rund 13 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=449) stammen.

Tabelle 26: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	n
Bruttostichprobe SRPH	7’515
Postretouren/Verstorbene Zielpersonen	94
total gültige Adressen	7’421
Verweigerung/Abmeldungen	49
total realisierte Interviews	3’497
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	3’875
Löschungen aus Qualitätsgründen	77
final verwendete Interviews	3’420

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+18,5 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat beträgt +10,4 Prozentpunkte bei der Pflegeinitiative, +0.8 Prozentpunkte bei der Justiz-Initiative und +12,8 Prozentpunkte beim Covid-19-Gesetz.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 77 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes (Swissvotes.ch) frei zugänglich.

7.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die "Unit Non Response" (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels "Hot-One-Encoding" anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

7.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler +/- 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 27: Standardfehler

Ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Standardfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	±1.8 Prozentpunkte	±1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	±2.1 Prozentpunkte	±1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab V = 0.5, mittlere Effektstärke ab V = 0.3 und kleine Effektstärke bis V = 0.1). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

7.2 Über die Studie

7.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen, noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmer:innen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei Swissvotes frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf Swissvotes, die alten VOX-Berichte sind es bereits.

7.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

7.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschafter, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschafterin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

TOBIAS KELLER

Projektleiter, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computer-gestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politik- und Datenwissenschafter

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

OLGA JENZER

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ olga.jenzer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Quantitative und qualitative Methoden, Visualisierungen, Recherchen

LUCIAN SEEBACHER

Datenwissenschaftler

✉ lucian.seebacher@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, statistische Methoden, Machine Learning

ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Institute Member

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.